



# Fehler liegt im System des Verfassungsschutzes

Zwischenbericht des NSU-Untersuchungsausschusses - Sondervotum der LINKEN

Für großes Medieninteresse hatte die Pressekonferenz des NSU-Untersuchungsausschusses am 11. März im Thüringer Landtag zur Vorstellung seines Zwischenberichts, der zuvor an Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergeben worden war, gesorgt.

Das 553 Seiten umfassende Dokument mit dem vorläufigen Resümee aus 31 Sitzungen des Untersuchungsausschusses, der bisher 55 Zeugen vernommen hat und dem von der Landesregierung bis dato etwa 5.000 Akten übergeben wurden, befasst sich mit der Zeit bis zum Untertauchen des NSU, also „der Zeit der ungeteilten Verantwortung Thüringens“, wie die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx (SPD) betonte und zusammenfasste: „Die Gefahren wurden nicht gesehen und verharmlost.“

Die beiden Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss, Martina Renner (stellvertretende Ausschussvorsitzende) und Katharina König, legten ein Sondervotum vor. Abweichungen zu den Einschätzungen im Zwischenbericht gebe es besonders in der Bewertung der gesellschaftlichen Situation und des behördlichen Handelns in den 90er Jahren in Thüringen. Martina Renner hob auf der Pressekonferenz die in der Gesellschaft verbreiteten rassistischen Ressentiments im Kontext von Asyldebatte, Extremismustheorie und Diskreditierung von Engagement gegen Rechts hervor.

Dabei führte „die Rechts-Links-Gleichsetzung zur Verharmlosung der neonazistischen Gefahren – man hat bewusst den Blick nach Rechts verstellt und den Blick nach Links geschärft“, sagte die LINKE Politikerin.

Sie betonte, dass „der Fehler im System Verfassungsschutz“ liege. Gera-

Im Vorfeld der Pressekonferenz hatten Martina Renner und Katharina König zugleich unterstrichen: „Der Zwischenbericht kommt in vielen Punkten zu richtigen und nicht zu beanstandenden Ergebnissen und Wertungen, denen wir uns vorbehaltlos anschließen können. Dennoch ist es uns wichtig,



de Spitzel des Inlandsgeheimdienstes halfen dabei, dass sich die Neonaziszene festigen und vernetzen konnte. Spitzel waren nicht selten Neonazis, die Radikalisierungsprozesse beförderten, als führende Persönlichkeiten in Neonazi-Strukturen agierten und die zudem noch durch Steuergelder alimentiert wurden.

Martina Renner sagte mit Blick auf die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses: „Wir drängen darauf, dass Zeugen öffentlich vernommen und uns die Akten vollständig und ungeschwächt vorgelegt werden.“

dort, wo abweichende Auffassungen bestehen, diese auch transparent dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzulegen.

So kommen die beiden Abgeordneten auch „zu einer deutlicheren Bewertung der Auflösung der SoKo Rex und der Einstellung des so genannten Strukturermittlungsverfahrens gegen den THS, die auch aus damaliger Sicht ein erhebliches Versagen der Ermittlungsbehörden darstellt, die zudem bei der rechtlichen Beurteilung damals aktueller höchstrichterlicher Rechtsprechung widersprach“.

## AKTUELL

# Fukushima mahnt zur Energiewende

Am Montag, den 11. März, hatte sich die Reaktorkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima zum zweiten Mal geäußert. Im Vorfeld hatte dazu der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, erklärt:

„An diesem Tag gedenken wir der Opfer der Atomkatastrophe. Wir appellieren, es nicht zum nächsten Super-GAU kommen zu lassen und den Ausbau regenerativer Energien entschieden voranzutreiben anstatt auszubremsen.“

Angesichts der unzähligen Pannen, der Unfälle und Super-GAUs in Atomkraftwerken auf der ganzen Welt und der hochgefährlichen Hinterlassenschaften der Kernenergie müsse die Energiewende konse-

quenter vorangebracht werden. „Die Energieversorgung der Zukunft muss dezentral, regenerativ und sozial gestaltet sein“, unterstrich Bodo Ramelow. Energie sollte dort verteilt und verbraucht werden, wo sie entsteht. „Thüringen kann wichtiger Vorreiter und Beispiel gebend für diesen Systemwechsel sein.“

Bisher war Thüringen ein Energieimportland, d.h. Energie wurde größtenteils aus anderen Ländern eingekauft. „Durch die Kommunalisierung der Stromnetze sind wir auf einem guten Weg, langfristig die komplette Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien anlegen zu können. Das schafft Arbeitsplätze, stärkt regionale Wertschöpfung und durchbricht die schädliche Allmacht und unsoziale

Preistreiberei der Energiekonzerne“, betonte der LINKE-Politiker. Bodo Ramelow appellierte an die Thüringer Landesregierung, endlich einen klugen Masterplan für die Energiewende auf den Weg zu bringen und öffentlich zu diskutieren.

Dabei müssten alle Segmente, von der Energieerzeugung, über die Verteilung bis hin zum Verbrauch, zusammengefasst betrachtet werden. „Jetzt beginnt die eigentliche Kärnerarbeit, in deren Mittelpunkt immer der Nachhaltigkeitgedanke stehen muss“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Er verwies auf das Konzept der LINKEN mit dem Titel „Energievolution statt grüner Kapitalismus“, das eine Diskussionsgrundlage für ein Thüringer Gesamtkonzept sein könne.

## KOMMENTIERT:

von Matthias Bärwolff

### Das ist nicht gerecht

Zweifellos haben wir einige Probleme in der Familienpolitik. Die 200 Milliarden Euro, die jährlich in der Bundesrepublik für die Familien ausgegeben werden, kommen ja zum größten Teil über die Steuerklärung von den Finanzämtern. Darin liegt doch schon eine der großen Ungerechtigkeiten, dass die Kinder von Eltern, die mehr verdienen, mehr bekommen und die Kinder von Eltern, die weniger oder gar nichts verdienen, die bekommen eben auch gar nichts.

Eine solche Familienpolitik ist nicht gerecht und kann auch nicht gerecht sein. Normalverdiener bekommen Kindergeld, wer eine Steuererklärung macht und Kinderfreibeträge in Rechnung stellt, bekommt meist wesentlich mehr. Wer im Niedriglohnbereich arbeitet, aufstocken muss und Hartz-IV-Leistungen erhält, bekommt nicht mal das Kindergeld. Das ist der Punkt, wo jedoch die Ungerechtigkeit sehr, sehr deutlich zutage tritt, denn die Kinder können doch nichts dafür. Aber wir als Gesellschaft vermitteln den Kindern permanent den Eindruck, dass uns einige mehr wert sind und andere weniger. Und dann versuchen wir, das über eine Sozialpolitik wieder zu korrigieren, indem wir Kinderarmut bekämpfen und indem wir Programme auflegen wie „Titian“ und andere Dinge, die alle gut und richtig sind.

Aber das Kernproblem, das ist in der Tat auf Bundesebene. Die Familienpolitik in Deutschland ist sozial ungerecht. Beispielsweise die Frage Elterngeld: Elterngeld bekommen nur diejenigen, die ordentlich verdienen. Diejenigen, die kein Geld bekommen, die nicht arbeiten, die bekommen auch kein Elterngeld. Das Gleiche beim Kindergeld. Das Gleiche auch beim Betreuungsgeld. Die Sozialverbände, beispielsweise der Paritätische Wohlfahrtsverband, haben schon vor Jahren Konzepte erstellt zum Thema Kindergrundsicherung. Diese Modelle, diese Ansätze sprechen doch für mehr soziale Gerechtigkeit. Das restliche Geld von diesen 200 Milliarden Euro, was nicht für die Kindergrundsicherung aufgewendet werden soll, das muss natürlich in institutionelle Bildungseinrichtungen gehen, in den Ausbau der Kindergartenstruktur, in den Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, sodass diese Angebote eben auch für alle vorhanden sind.

Aus der Rede des Abgeordneten im Landtag am 14.2.2013

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kommunalwirtschaft

„Es war höchste Zeit, dass die CDU ihre Blockadepolitik bei der Frage der Öffnung des kommunalen Wirtschaftsrechts beendet“, kommentierte MdL Frank Kuschel die Einigung von CDU und SPD beim kommunalen Wirtschaftsrecht in Thüringen. „Damit werden jetzt hoffentlich die Hindernisse beseitigt, die für Kommunen bestehen, um im Bereich regenerativer Energien stärker wirtschaftlich tätig zu werden.“ Einen großen Schwerpunkt werde die Linksfraktion bei den Beratungen darauf legen, das Genossenschaftsmodell für Kommunen attraktiver zu gestalten. Inwieweit die Ankündigungen ausreichend seien, könne erst nach Vorlage des Gesetzentwurfes bewertet werden. „Den Worten müssen nun zügig parlamentarische Taten folgen“, fordert der LINKE-Kommunalpolitiker. Mit Blick auf die angekündigten Änderungen bei den Kommunalprüfungen werde die Linksfraktion bei den Beratungen darauf achten, dass die Kontroll- und Prüfrechte gewahrt bleiben. Wichtig sei zudem, dass „die Kalkulationen von Energiepreisen der Öffentlichkeit vorgelegt werden“.

### Öffnung der Ehe

„Die Thüringer Landesregierung muss sich mit Blick auf das in der Thüringer Verfassung verankerte Diskriminierungsverbot bezogen auf die sexuelle Orientierung für eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften einsetzen“, forderte MdL Karola Stange. Daher verlange sie in einer Anfrage von der Landesregierung im nächsten Landtagsplenum eine ausdrückliche Positionierung und entsprechende Aktivitäten im Bundesrat. Ministerpräsidentin Lieberknecht habe die Thüringer Verfassung missverstanden, wenn sie glaube, man könne bei der Gleichstellung von Lesben und Schwulen auf halbem Weg stehen bleiben. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften seien auch andere offene Baustellen zu lösen wie z.B. die steuerliche Gleichstellung. Die LINKE Abgeordnete verwies auf die Ergebnisse einer aktuellen wissenschaftlichen Umfrage, in der sich 74 Prozent für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der traditionellen Ehe und damit für die Öffnung der Ehe ausgesprochen haben. „Das ist ein ganz deutliches Zeichen für eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu umfassender Gleichstellung von Lesben und Schwulen.“ Deshalb müssten neben der steuerlichen Gleichstellung „alle offenen Punkte angegangen werden, auch im Landesrecht“.

# Gegen Armutslöhne und Almosenrenten

## Linksfraktion mit scharfer Kritik an der Thüringer Stimmenthaltung zum Mindestlohn

Nach einem Gespräch der LINKE-Fraktionsvorsitzenden aus den Ländern und anderer Abgeordneter der Linksfraktionen bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg mit Frank-Jürgen Weise und weiteren Vorstandsmitgliedern hatte Bodo Ramelow erklärt: „Der Arbeitsmarkt in Thüringen und die Entwicklung von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung standen für uns im Vordergrund. Wir brauchen wirksame Initiativen, um die Spirale aus Dumpinglöhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zu durchbrechen.“

Bei dem Treffen in der Bundesagentur wurde intensiv über die Entwicklung des Arbeitsmarktes, von prekärer Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit diskutiert. Ina Leukefeld, Arbeitsmarktexpertin der Thüringer Linksfraktion, hatte die Möglichkeit genutzt, erneut die Chancen von öffentlich geförderter Beschäftigung den Vertretern der Arbeitsagentur vorzustellen.

„Wenn der Lohn für Arbeit nicht zum Leben reicht und Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter in

der Armutsfalle landen, ist das nicht nur bitter, sondern beschämend! Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit muss entschiedener aufgenommen und ohne Denkverbote geführt werden. Es darf an der Arbeitsförderung nicht weiter gespart und es muss die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ernsthaft diskutiert werden. Nachdem der Bundesrat Mindestlöhnen seinen Segen gegeben hat, muss jetzt umgehend der Bundestag aktiv werden! Gegen Armutslöhne und Almosenrenten brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn - und zwar jetzt!“, so Ramelow.

„Jetzt ist der Bundestag gefordert, schnellstmöglich eine Lohnsenkungsbremse durch den Mindestlohn gesetzlich zu regeln.“ Mit der Bundesratsentscheidung sei zum ersten Mal mit rot-grüner Mehrheit die Agenda 2010 von Gerhard Schröder korrigiert worden. „Das ist ein ermutigender Schritt, auch wenn unsere Forderung und die von vielen Sozialverbänden nach einem Mindestlohn von zehn Euro nicht erfüllt wurde.“ An der Stimmenthaltung von Thüringen werde deutlich, dass die Landesregierung kein wirkli-

ches Interesse an einem wirksamen Mindestlohn hat: „In ihren Reden geht es zwar um soziale Verantwortung und Gerechtigkeit, aber im Abstimmungsverhalten regiert soziale Verantwortungslosigkeit“, sagte Bodo Ramelow. Mit der Stimmenthaltung im Bundesrat mache sich die Thüringer SPD immer auch gemein mit allen Entscheidungen, die besonders hart schwächere Menschen betreffen. „Eine andere Mehrheit ist möglich - das zeigt der Bundesrat. Eine andere Thüringer Mehrheit wäre genauso möglich, scheitert aber an einer mutlosen SPD.“

In Thüringen lebten zum Ende des Jahres 2011 in 34.532 Haushalten Menschen, die auf Wohngeld angewiesen waren, 219.558 Menschen bezogen Arbeitslosengeld und mit 497.866 Menschen waren fast eine halbe Million auf staatliche Unterstützung in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Leistungen nach SGB XII angewiesen. Besonders betroffen waren und sind Frauen, dies hat die LINKE Abgeordnete Karola Stange anlässlich des Internationalen Frauentags erneut scharf kritisiert.

## MdL André Blechschmidt: Digitale Kommunikation weiterentwickeln

„Wir müssen jetzt in die nächste Phase übergehen“ - der LINKE Fraktionsgeschäftsführer André Blechschmidt sprach in einer Podiumsdiskussion der Landesmedienanstalt am 7. März im Landtag in Erfurt (s.Foto) über die bevorstehenden Herausforderungen der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im Internet.

Sämtliche Landtagsfraktionen haben sich in den vergangenen Jahren darum bemüht, ihre Online-Kommunikation zu verbessern. Allerdings sind hierbei Qualitätsunterschiede zu spüren, die offensichtlich auch auf verschiedenen Politikansätzen fußen. Während einige der anderen Fraktionen sich darauf beschränken, politische Entscheidungen bestmöglich zu „verkaufen“, lässt die Linksfraktion Internetautzer Entscheidungsprozesse direkt miterleben.

Durch das Angebot der Übertragung thematischer Debatten aus der Fraktionssitzung ins Internet - unser Fraktions-Livestream - macht DIE LINKE ihre Politik transparent. Dazu gehören die Diskussion verschiedener Meinungen und gelegentlich auch der Streit um die beste politische Lösung. Demokratie in der digitalen Gesellschaft heißt für uns, dass die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit ihrer Abgeordneten bestmöglich nachvollziehen und sich mit ihnen austauschen können. Dieser Austausch, davon sprach André Blechschmidt selbstkritisch in der Podiums-



diskussion, ist noch ausbaufähig.

Auch wenn die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Online-Angebot Vorreiter im Thüringer Landtag ist, wollen wir hier nicht stehen bleiben. Das nächste Ziel lautet, dass Fraktionssitzungen nicht nur direkt mitverfolgt werden können, sondern dass häufiger die Möglichkeit genutzt wird, diese live zu kommentieren.

Momentan finden Online-Diskussionsprozesse meist auf den Facebook-Seiten einzelner Abgeordneter statt, was ein guter Ansatz ist, aber meist noch nicht zu Rückmeldungen in die gesamte Fraktion führt. In der Idealvorstellung sollten während der Sitzungen Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern Eingang in die laufende Diskussion finden.

In diese Phase überzugehen, ist die derzeit größte Herausforderung der digitalen Kommunikation. Auch andere Fraktionen haben diese Erfahrung be-

reits gemacht. So hat die CDU, die sich fast ähnlich stark wie DIE LINKE für eine stärkere Nutzung des Internets für die Politik einsetzt, festgestellt, dass nicht jedes Mittel erfolgreich ist. So wurden beispielsweise kleine Umfragen auf der Internetseite der Fraktion vor allem von der eigenen Anhängerschaft angeklickt, eine Unterstützung bei der politischen Meinungsbildung wurde damit nicht erreicht.

Stärkere politische Partizipation wird sich nur über das Prinzip Versuch und Irrtum entwickeln lassen. Das Internet entwickelt sich ständig weiter und es gibt keine vorgefertigten Methoden, wie es für die Politik am besten nutzbar ist. Es müssen Wege probiert und notfalls verworfen werden. DIE LINKE stellt sich dieser Herausforderung, damit die digitale Welt auch einen demokratiepolitischen Mehrwert erhält.

Frank Schenker

# Gedenken im Landtag an die Abgeordneten

28. Februar 1933: Verhaftung der KPD-Abgeordneten war Schlag gegen das Parlament

Rudolf Arnold, Richard Eyermann, Fritz Gäbler, Willy Gebhardt, Fritz Heilmann, Leander Kröber, Josef Rösel, Erich Scharf, Arno Voigt und Richard Zimmermann – das sind die Namen der zehn Thüringer Landtagsabgeordneten der KPD, die vor 80 Jahren von den Nazis verhaftet wurden. An sie wollen wir erinnern.

Am 28. Februar 1933 erging per Funkspruch der Befehl, die gewählten KPD-Abgeordneten des Thüringer Landtages beim Betreten des Parlaments festzunehmen und die Räume der Fraktion im Fürstenhaus in Weimar sowie die Pulte der Abgeordneten im Sitzungssaal zu durchsuchen. Der Landtags-Vizepräsident hatte der Polizei die Genehmigung dafür erteilt. Die Abgeordneten wurden an verschiedenen Orten Thüringens verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen. Mehrere kamen in das erste Konzentrationslager des NS-Staates, das Sammellager in Nohra. Dort wurden ab Anfang März 1933 Abgeordnete, Stadträte und Funktionäre der KPD sowie der „Roten Hilfe“ interniert. Das Lager diente in den ersten Wochen und Monaten der Nazi-Herrschaft der Machtsicherung der NSDAP und der Ausschaltung der KPD. Flucht ins Exil, langjährige Inhaftierungen der Thüringer KPD-Abgeordneten in verschiedenen Gefängnissen und in Konzentrationslagern folgten.

Sofort nach der Machtübertragung an die Nazis am 30. Januar 1933 begann die Zerschlagung der Demokratie der Weimarer Republik. Die Presse- und Versammlungsfreiheit wurden eingeschränkt, kommunistische und sozialdemokratische Beamte entlassen und Zeitungen verboten. Am 28. Februar erfolgte mit der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“ ein weiterer schwerer Schlag gegen die Demokratie. In einer gezielten Aktion wurden aus Anlass des Reichstags-

brandes tausende Kommunistinnen und Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen. Mit der Verordnung wurden wichtige Menschen- und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Sie war ein Baustein für die weitere Absicherung der Herrschaft der NSDAP. Allein in Thüringen wurden auf Grundlage dieser Verordnung in den ersten Wochen nach der Machtübertragung etwa 1.000 Mitglieder der KPD verhaftet.

Der Terror von rechts traf nicht allein die KPD. Der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai, die Zerschlagung der Gewerkschaften sowie die

bezeichneten Menschen. Bis heute ist die Verfolgung der zehn Thüringer KPD-Abgeordneten offenbar nicht ausreichend und umfassend erforscht. Allein über die Frage, ob die Abgeordneten am 22. Februar oder am 28. Februar 1933 in die faschistischen Kerker geworfen wurden, gibt es beispielsweise unterschiedliche Informationen. Aktuelle Literatur zur Verhaftung der Abgeordneten, zur Zwangsauflösung der KPD-Landtagsfraktion und dem weiteren Schicksal dieser Abgeordneten des Thüringer Landtages ist heute nicht oder nur schwer zu finden. Auch im



28. Februar 1933, Berlin am Morgen nach dem Reichstagsbrand. Dieser war der Auslöser für die Verhaftung der KPD-Abgeordneten.

Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1977-148-19A / unknown / CC-BY-SA 3.0

Verhaftungen und Verbote gegen die SPD folgten in den nächsten Wochen und Monaten. Auch wenn die Arbeiterinnen-Bewegung zuerst in den Fokus des nationalsozialistischen Staates geriet, richtete sich der Terror der Nazis gegen alle Demokratinnen und Demokraten. Die letzte Sitzung des frei gewählten Thüringer Landtags fand am 14. Februar 1933 statt.

Was dann folgte, überstieg den frühen Terror bei weitem: Die Verfolgung und der millionenfache Völkermord an den Jüdinnen und Juden, die Shoa, der Völkermord an den Sinti und Roma sowie die Verfolgung und Ermordung von Homosexuellen, Angehörigen religiöser Gruppen sowie der als „Asoziale“

Thüringer Landtag erinnert nichts an diese zehn früheren Abgeordneten, die Opfer des NS wurden.

Die Verhaftung von KPD-Abgeordneten aus den Landtagen und dem Reichstag sowie von Parteifunktionären war ein Schritt in der langen Kette der Zerschlagung der Demokratie und der Errichtung und Festigung der NS-Herrschaft. Der Thüringer Landtag sollte daher prüfen, wie in Zukunft allen Abgeordneten, die Opfer der NS-Herrschaft wurden, gedacht werden kann und wie sie geehrt werden können. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Opfer des NS vergessen werden.

Bodo Ramelow

## Agrarflächen

MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright hat die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) als „größten Preistreiber beim Verkauf und Pachten von Flächen“ kritisiert. Durch die Privatisierung von ehemals volkseigenem Land und Wald seien die Preise in die Höhe geschossen. „Damit ist es für Bauern schwierig geworden, zu erschwinglichen Preisen an Acker und Waldflächen zu kommen. Durch das meist beträchtliche Preisniveau können nur kapitalstarke Käufer mithalten, die oft nicht aus der Landwirtschaft stammen.“ Die LINKE hat stets gefordert, die von der BVVG verwalteten Flächen den Ländern zu übertragen. Diese hätten sie zu fairen Preisen verpachten oder verkaufen können. ■

## Leistungsschutzrecht

Zur Änderung im Urheberrechtsgesetz (Leistungsschutzrecht für Presseverleger) sagte MdL Katharina König: „Es ist absehbar, dass das Gesetz kleinere Anbieter von Nachrichten und Diensten massiv benachteiligt. Viele Rechtsbegriffe des Gesetzes sind völlig unbestimmt und führen nur zu einer Arbeitsbeschaffung für Abmahnanwälte.“ Gerade für ein Land wie Thüringen, in dem viele kleine Startups sich in der Internetwirtschaft und im Bereich der mobilen Apps entwickeln, sei „dieses innovationsfeindliche Gesetz ein bitterer Rückschlag“. Die Medienkultur, in der sich der Einzelne im Internet aus einer Vielzahl von Quellen individuell gezielt informieren kann, sei damit gefährdet. ■

## Matinee

Anlässlich des 100. Geburtstags von Stefan Heym - Schriftsteller und unbeirrbarer Demokrat - veranstaltet die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine szenische Lesung. Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, die Kulturpolitikerinnen Dr. Birgit Klauert (MdL), Dr. Luc Jochimsen (MdB), der Schauspieler und Autor Franz Sodann und andere werden diese Matinee am Mittwoch, den 10. April, Beginn 16.30 Uhr in der Lobby des Plenarsaals im Thüringer Landtag in Erfurt, gestalten. Musikalisch wird die öffentliche Veranstaltung, zu der Besucherinnen und Besucher herzlich eingeladen sind, vom Misrach Quartett umrahmt. ■

## VON A BIS Z:

### Rechte Straftaten

Zur Polizeilichen Kriminalstatistik und Statistik der politisch motivierten Kriminalität 2012 in Thüringen sagte MdL Martina Renner: „Mit 80 Prozent der Taten geht die größte Gefahr im Bereich der politisch motivierten Kriminalität eindeutig von Rechts aus.“ Nur zehn Prozent sind politisch links motiviert, weniger als in den vergangenen Jahren. Und die so genannte politisch motivierte Ausländerkriminalität existiert de facto in Thüringen nicht.

„Wer angesichts dieser Zahlen weiterhin im Landtag, in der Prävention, der politischen Bildung oder in den Ämtern von Extremismus schwadroniert, betreibt das gefährliche Spiel der Verharmlosung rechter Gewalt und Straftaten weiter“, so die LINKE-Innenexpertin. Dass die Zahl der rechten Taten 2012 erneut um gut 100 angestiegen ist, belegt, dass die Neonazi-Szene sich vom Fall NSU unbeeindruckt zeigt. Initiativen gegen Rechts und Rechtsextremismus-Experten beobachten eine selbstbewusste und aktivistische Neonazi-Szene, die sich nicht vor Straf- und Gewalttaten scheut. Die Ermittlungen gegen drei Personen aus der rechten Szene wegen terroristischer Taten und dem Fund von Waffen bestätigten das.

Die Zahlen machen auch deutlich, dass dies kein Jugendphänomen ist. 65 Prozent der Tatverdächtigen sind Erwachsene. Ein wichtiger Hinweis, dass Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Zukunft die ganze Gesellschaft in den Blick nehmen muss. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 20. bis 22. März statt sowie im April vom 24. bis 26 des Monats.

### Ausstellung:

„Plötsinn! - Sinn und Unsinn des Thüringer Bildungsplans 0 - 10“, so der Titel der Ausstellung der Jugendkunstschule IMAGO im Fraktionsflur der Linksfraktion im Thüringer Landtag in Erfurt. Die feierliche Eröffnung, zu der Gäste herzlich willkommen sind, findet am Mittwoch, den 20. März, um 13 Uhr statt.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## KURZ UND PRÄGNANT

### Verbrauchertäuschung

Vor dem Hintergrund anhalten-der Lebensmittelskandale prangen die Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Dr. Johanna Scheringer-Wright und Diana Skibbe, die Landesregierung an, durch Einsparung bei Kontrollen das System in den Bereichen Futtermittel, Veterinär und Lebensmittelsicherheit an den Rand der Funktionsfähigkeit zu bringen. Seit Jahren gehe es nur darum, über Zusammenlegung von Ämtern, Veränderungen im Personalaufbau und Auslagerungen Stellen einzusparen.

Johanna Scheringer-Wright sieht auch die Zertifizierungsstellen in der Pflicht, immer wieder nachzuprüfen, ob die Produktion den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Nicht hinnehmbar sei auch, dass sich offenbar die Ermittlungen in den Betrieben, die unter Verdacht stehen, falsch deklariert zu haben, so in die Länge ziehen. Verbraucher entscheiden sich sehr bewusst für Bio-Lebensmittel. Sie geben dafür mehr Geld aus, weil sie glauben, damit etwas in Richtung gesunder Ernährung und nachhaltiger Landwirtschaft zu bewirken. „Wenn aber das Bio-Siegel keine Sicherheit für Bioprodukte mehr gibt, weil die gesetzlichen Vorgaben ignoriert werden, dann sprechen wir von Betrug an den Verbrauchern“, so Diana Skibbe. ■

### Volksbegehren: Die Hürden des Gerichts

Am 27. Februar wurde nach der Klage der Landesregierung vom Dezember 2011 über das Volksbegehren für sozial gerechte Kommunalabgaben der Bürgerallianz vor dem Thüringer Verfassungsgericht verhandelt. Bei der Vielzahl der Interessenten im Verhandlungssaal 101 in Weimar mussten erst zusätzliche Stühle beschafft werden.

Dass so viele Zuhörer gekommen waren, zeigt, dass die Themen Straßenausbaubeiträge und Abwasserbeiträge noch nicht abschließend mit den Bürgern diskutiert sind. Die Anhörung erfolgte in einer konstruktiven und sachlichen Atmosphäre. Dabei wies das Gericht darauf hin, dass für die echte Mitbestimmung des Volkes hohe Hürden gesetzt seien. Hier bezog sich der Vorsitzende Verfassungsrichter, Dr. Hartmut Schwan, auf die Begründung des Gesetzesvorschlages der Bürgerallianz. Da die letzte Entscheidung der Bürger auf dem Stimmzettel „JA“ oder „NEIN“ sei, müsse die Begründung so konkret sein, dass jeder abstimmen könne ohne sich vertiefend in das Thema einzuarbeiten. Dieser Hinweis des Gerichts konnte durch die Vertrauensperson des Volksbegehrens, Peter Hammen, und den Beistand MdL Frank Kuschel entkräftet werden, da keine gesetzlichen Vorgaben für die Begründung bestehen sowie der Text durch die Landtagspräsidentin nach erfolgter Prüfung genehmigt wurde und

# Ein Versammlungsgesetz für Thüringen?

Auf Einladung der Linksfraktion im Thüringer Landtag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen diskutierten Anfang März ExpertInnen und Interessierte auf einer Fachtagung „Ein Versammlungsgesetz für Thüringen?“ über die seit dem Jahr 2006 bestehende Möglichkeit der Bundesländer, das Versammlungsrecht selbst in einem Landesgesetz auszugestalten.

Mit der Föderalismusreform wurde das Versammlungsrecht aus dem Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes gestrichen. In den Ländern, die bislang noch nicht von ihrer Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht haben, gilt das bisherige Versammlungsgesetz des Bundes fort. Bislang haben lediglich Bayern, Sachsen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht. Einigkeit bestand darin, dass die bisherigen Landesversammlungsgesetze nicht zu einer Verbesserung und Modernisierung beigetragen haben. Mit den Gesetzen in Bayern, Sachsen und Niedersachsen beschäftigen sich zum Teil noch immer die Verfassungsgerichte der Länder

bzw. des Bundes. Unstrittig auf der Fachtagung war ebenso, dass die gesetzliche Ausgestaltung eines Grundrechtes nicht landesspezifisch und damit unterschiedlich erfolgen sollte. Nur sei eben dieser „Zug abgefahren“ und es müsse nun bewertet werden, ob – entsprechende politische Mehrheitsverhältnisse vorausgesetzt – landesgesetzliche Regelungen, die die eher versammlungsfreundliche Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes berücksichtigen, dazu beitragen können, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als Ausdruck der Meinungsfreiheit und der gesellschaftspolitischen Partizipation der Bürger zu stärken.

„Protest bringt Unruhe, aber Protest gehört zur Demokratie“, so Dr. Elke Steven, Soziologin beim Komitee für



Grundrechte und Demokratie, die auf die Bedeutung des Versammlungsrechts als Grund- und Menschenrecht hinwies. Für BürgerInnen sei es, neben der Teilnahme an Wahlen, oft die einzige Möglichkeit, auf die politische Diskussion Einfluss zu nehmen. Als Beispiel nannte sie auch die Gegendemonstrationen bei Neonazi-Aufmärschen – „ohne sie würde über diese Frage nicht so intensiv gesellschaftlich diskutiert“.

In der Eröffnung der Fachtagung betonte der Vorsitzende der Linksfraktion Bodo Ramelow das Versammlungsrecht als „Teil gelebter Demokratie“. Aber mit Blick auf die versammlungsrechtliche Praxis in Sachsen beim jährlichen Neonazi-Aufmarsch im Februar und sich darin anschließender Rechtssprechung gebe es „seltsame Fehlentwicklungen“. In der Diskussion wurde deutlich, dass zunehmend durch staatliches Agieren die Versammlungsfreiheit in Frage gestellt wird. Dr. Elke Steven verwies auf die pauschalen Verbote von Demonstrationen und Mahnwachen gegen die europäische Krisenpolitik im Mai 2012 in Frankfurt/Main.

Die Jenaer Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk und Steffen Dittes, Mitarbeiter der LINKE-Landtagsfraktion, (s. Foto) verwiesen auf die versammlungsrechtliche Praxis in Thüringen. Während Pietrzyk die z. T. rechtswidrige Beauftragung der Versammlungsbehörden beschrieb, verwies Dittes auf das polizeiliche Agieren, das durch verdachtslose Vorfeldkontrollen und Bild- und Tonaufnahmen VersammlungsteilnehmerInnen einem Generalverdacht aussetzt

und andere abschreckt, ihr Grundrecht wahrzunehmen. Beide machten deutlich, es hat positive Veränderungen gegeben, aber sehr personenabhängig und regional unterschiedlich.

Auf der Fachtagung stellte Prof. Dr. Christoph Enders, Uni Leipzig, einen durch den Arbeitskreis Versammlungsrecht im Jahr 2010 in Reaktion auf die Föderalismusreform erarbeiteten Musterentwurf für ein Versammlungsgesetz vor. Wissenschaftler und Praktiker, so der frühere Bonner Polizeipräsident Kniezel, wollen damit die öffentliche Debatte um die Versammlungsfreiheit befördern. Ziel sei es, mit dem Musterentwurf zu einer weitestgehenden Vereinheitlichung des Versammlungsrechts beizutragen. Zudem sollen die polizeilichen Befugnisse rechtssicher formuliert und nicht den Landespolizeigesetzen überlassen werden, weil deren Zulässigkeit immer im Lichte des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit geprüft und bewertet werden müsse. So finden sich im Musterentwurf Regelungen zu polizeilichen Vorkontrollen und zu Bild- und Tonaufnahmen, die, obwohl nicht per se „polizeiunfreundlich“, sehrwohl das Grundrecht schützend ausgestaltet sind. Enders, obwohl auch Befürworter eines bundeseinheitlichen Versammlungsrechts, betonte aufgrund der in naher Zukunft unverändert bleibenden Gesetzgebungskompetenz die Position, das Versammlungsrecht neu zu gestalten – unabhängig davon, welches Gesetz zur Anwendung komme, Voraussetzung seien immer „gesetzestreue Beamte“.

Der rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen, Klaus Bartl, stellte die Gesetzesgenese des sächsischen Versammlungsgesetzes und die daraus folgende Klage vor dem Verfassungsgericht vor. Er bezeichnete das grundrechtseinschränkende Gesetz als „Lex Dresden“. Damit werde die Versammlungsfreiheit, sich gegen Neonazis jedes Jahr im Februar zur Wehr zu setzen, eingeschränkt. Dies veranlasste die innenpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, Martina Renner, zu warnen, selbst als Opposition gesetzgeberisch aktiv zu werden und damit den Regierungsfractionen eine Vorlage zu liefern, das Versammlungsrecht einzuschränken. Dann müsse die Versammlungsfreiheit erst im Nachgang durch langwierige Prozesse vor dem Verfassungsgericht zurück erstritten werden.

In Auswertung der Fachtagung, an der neben Vertretern von zivilgesellschaftlichen Bündnissen auch Vertreter der Thüringer Polizei teilnahmen, wird sich daher die Fraktion intensiv mit der Frage beschäftigen, ob und zu welchem Zeitpunkt eine parlamentarische Initiative für ein Landesversammlungsgesetz sinnvoll und angeraten ist. Einen Beitrag für eine längst überfällig zu führende Debatte um das Thema Versammlungsfreiheit und politische Partizipation konnte die Tagung in jedem Falle bereits setzen. Lars Geiger ■

## DAS THEMA

# Nicht Größe, sondern Leistungsfähigkeit

## Regionalkonferenzen „Zur Verwaltungs- und Gebietsreform - Was will die LINKE?“

Eine weitere auswärtige Sitzung führte das Ressort Kommunales und Inneres der Fraktion Die LINKE am 5. März nach Nordhausen. Traditionell nutzten die Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Ressorts die Gelegenheit, mit Personen der örtlichen Kommunalpolitik ins Gespräch zu kommen und kommunalpolitische Initiativen kennen zu lernen. Am Abend dann fand das Forum zur Verwaltungs- und Gebietsreform für die Region Nordthüringen statt.



Diesmal stand auf Einladung der mit ihrem Wahlkreisbüro in Nordhausen ansässigen verbraucherschutzpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, Diana Skibbe, Fairtrade im Blickpunkt. Fairer Handel bedeutet kurz gefasst, dass der Erzeuger eines Lebensmittels oder einer anderen Ware, egal wo auf der Erde, einen ehrlichen, gerechten Lohn erhält, der ihm die Existenz ermöglicht. Dieser Handel ist auch unmittelbar mit ökologischen Maßgaben der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes verbunden.

Die Stadt Nordhausen trägt seit Landkreis seit 2011 den Titel „Fairtrade-Landkreis“. Gabriele Sennecke, Vorsitzende der Fairtrade-Steuerungsgruppe in Stadt und Landkreis, führte mit einem informativen Vortrag in das

Thema ein, erklärte, welche Voraussetzungen eine Stadt erfüllen muss, um den Fairtrade-Titel führen zu können und stellte Aktionen wie das Fairtrade-Hausaufgabenheft für SchülerInnen des Landkreises vor.

Anschließend hatte das Ressort die Gelegenheit, den Weltladen und das Weltcafé des Vereins Schrankenlos aus Nordhausen zu besuchen. Mit dem Vereinsvorsitzenden und Pfarrer, Peter Kube, konnte über Fairtrade und Nachhaltigkeit diskutiert und auch die Frage geklärt werden, wie Fairtrade und Weltläden überhaupt organisatorisch funktionieren. Er stellte die Ausrichtung seiner Produktpalette vor und sprach ganz offen über Erfolge und Hemmnisse. „Fairtrade erlebt gerade einen Boom, der aber in der öffentli-

chen Wahrnehmung viel zu kurz kommt“, resümierte Diana Skibbe.

Am Abend veranstaltete das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. in Kooperation mit der Fraktion Die LINKE im Thüringer Landtag und dem Wahlkreisbüro von Diana Skibbe unter dem Titel „Zur Gebiets- und Verwaltungsreform in Thüringen - Was will die LINKE?“ in Nordhausen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Bericht der Expertenkommission Funktional und Gebietsreform.

Dies war nach Arnstadt (s. untenstehenden Beitrag) bereits die zweite von vier Veranstaltungen des KOPOFOR zu diesem Thema, die jeweils in den vier Thüringer Planungsregionen abgehalten werden. Der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion Die LINKE im

Thüringer Landtag, Frank Kuschel, verglich systematisch die Kernpunkte des Berichts mit Positionen der Fraktion Die LINKE, wie sie im Konzept für die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen formuliert worden sind. Neben einigen Übereinstimmungen zeigten sich hier gravierende Dissonanzen. Insbesondere die im Bericht geforderte Mindestgröße für Gemeinden von 8.000 Einwohnern im Jahre 2050 sei allein aufgrund der Siedlungsstruktur in Thüringen unrealistisch. Kuschel plädierte hier für eine Orientierungsgröße von 5.000 Einwohnern, die jedoch flexibel zu behandeln sei. Nicht Größe, sondern Leistungsfähigkeit sei entscheidend.

Auch wies er die Forderung des Berichtes nach allein größeren Landkreisen zurück. „Nicht größere, sondern andere Kreise“, so Kuschel, seien vonnöten, um die Thüringer Landesverwaltung zu modernisieren und Bürgernähe zu verwirklichen. Michael Menzel, externer Berater der Fraktion Die LINKE für die Bearbeitung des Expertenberichtes, verwies auf den problematischen Prüfauftrag der Landesregierung für die Arbeit der Expertenkommission, der eindeutig „Einsparungen und Effizienzgewinne“ als zentrale Maßgabe festlegt. Damit seien Themen wie Bürgernähe bereits von vorn-

Birgit Keller, Landrätin des Kreises Nordhausen, Präsidiumsmitglied im Thüringer Landkreistag und Mitglied der Partei Die LINKE, plädierte in einer Wortmeldung ausdrücklich für eine Funktional- und Gebietsreform und begründete dies mit den Erfahrungen ihres Amtes. Abschließend lud Frank Kuschel BürgerInnen und kommunale MandatsträgerInnen dazu ein, gemeinsam mit der Fraktion Die LINKE einen offenen Diskussionsprozess „ohne Denkverbote“ zu diesem Zukunftsthema des Landes Thüringen zu führen.

Christopher Brucker



Frank Kuschel (r.) und Michael Menzel bei der Regionalkonferenz Nordthüringen im Museum Tabakspeicher in Nordhausen.

## Bürgerservicebüros als Anlaufstellen

Zahlreiche Interessierte suchten und fanden den Weg zur ersten der vier Regionalkonferenzen zur Thematik der Gebiets- und Verwaltungsreform, die am 25. Februar in Arnstadt stattfand. Kopofor Thüringen und die Fraktion der LINKEN im Landtag wollen in den Konferenzen nicht nur informieren, sondern vielmehr eine konstruktive Diskussion anregen, die zur Bereicherung des vorgelegten Konzepts beiträgt.

Die Voraussetzungen waren gut, hatten sich doch Bürgermeister und Mandatsträger unter das Publikum gemischt. Sachverstand auf beiden Seiten also, denn der Vortragende war der kommunalpolitische Sprecher der Linken Frank Kuschel. In einem lebendigen Vortrag machte er nicht nur die Notwendigkeit einer Veränderung der behördlichen und kommunalen Strukturen in Thüringen deutlich, sondern zeigte auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Gutachten der Experten und den Vorstellungen

unserer Partei. In vielen Positionen folge das erarbeitete Konzept den Vorschlägen der LINKEN, so Kuschel, bleibe aber in manchem weit zurück. Eine bloße Vergrößerung der Landkreise, argumentierte der Abgeordnete, löse das Problem nicht, vielmehr müsse durch eine völlig andere Betrachtungsweise die Region in den Vordergrund gerückt werden. Bürgerservicebüros in den Kommunen sollen Anlaufstellen für die Einwohnerinnen und Einwohner sein, in denen sie ihre Angelegenheiten klären können.

Damit würde die Kreisverwaltung, die gegenwärtig mitunter auch Doppelstrukturen bilde, zum bloßen Dienstort des Landrates bzw. der Landrätin, was auch die emotional geprägte Diskussion um die Kreisstadt entschärfte. Drei Eckpunkte prägen das Papier, das die LINKE zur Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform vorlegt: die Zweistufigkeit der Verwaltung im Land, deren jetzige Struktur 60 Millionen Euro zwecks Verkehrs der Behörden untereinander benötigt, die Herausbildung von Regionalkreisen und starke Ge-

meinden, deren flexible Mindestgröße 5.000 Einwohner beträgt. Kuschel setzte sich darüber hinaus mit den Einwänden gegen eine Gebietsreform, die vor allem aus den Reihen der CDU-Politiker kommen, auseinander.

Die seit 1994 funktionierenden Verwaltungsgemeinschaften lmlat und Wipfratal zeigen, dass größere kommunale Einheiten möglich sind und bürgerschaftliches Engagement somit nicht zwangsläufig abnehme, wenn es zu Zusammenschlüssen käme. Auch die Sorge um geringere Wahlbeteiligungen wusste er zu entkräften. Dabei führte Frank Kuschel das Beispiel von Sonneberg, dem kleinsten Landkreis, und dem dreimal größeren Eichsfeldkreis an. In letzterem ist die Wahlbeteiligung immerhin um zehn Prozent höher. Am Ende der Veranstaltung gab sich der Landtagsabgeordnete optimistisch, im Thüringer Monitor 2011 sprachen sich 78 Prozent der Thüringer für eine Gebietsreform aus. Das letzte Wort solle aber das Volk haben, so Kuschel, „denkbar auch in einem Entscheid“. Karl-Heinz Mitzschke

## Südthüringer Konferenz

Die letzte der vier Regionalkonferenzen zur Verwaltungs- und Gebietsreform, die das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion der LINKEN in den vier Planungsregionen durchführt, findet für die Region Südwestthüringen in Walldorf am Dienstag, den 9. April, 17.00, im Kulturzentrum Kreschhof statt.

Unter dem Button „Zukunftsperspektive Thüringer Verwaltung“ können auf der Internetseite der Fraktion Stellungnahmen, Dokumente, Berichte usw. nachgelesen werden. Hier sollte auch die Möglichkeit, sich an der Diskussion über die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform zu beteiligen, genutzt werden. [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

# Glaubwürdigkeit und Transparenz

## LINKE Abgeordnete veröffentlichen Nebeneinkünfte

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes (Einführung eines neuen Paragraphen 42a) will die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Veröffentlichungspflicht für eine Reihe von Tätigkeiten und Einnahmen von Landtagsabgeordneten erreichen. Verhindert werden soll, so heißt es in der Begründung, „dass in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess im Parlament in verdeckter, nicht nachvollziehbarer Weise sachwidrige Wirtschafts- und Machtinteressen Eingang finden.“

Aus Sicht der Linksfraktion ist es daher unverzichtbar, „dass die Bürgerinnen und Bürger sich ein zutreffendes und umfassendes Bild darüber machen können, welche Interessen- bzw. ideellen und vor allem finanziellen Abhängigkeiten die politischen Aktivitäten und Entscheidungen von Abgeordneten mit beeinflussen (können)“, wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs weiter heißt. Im Interesse politischer Glaubwürdigkeit hat die Linksfraktion beschlossen, unabhängig vom Ausgang der Plenardebatte zu dieser par-

lamentarischen Initiative im eigenen Verantwortungsbereich beispielhaft Transparenz vorzuleben und die Informationen zu Nebentätigkeiten und -einkünften der Fraktionsmitglieder entsprechend des Gesetzentwurfs im Internet zu veröffentlichen. Erfasst sind beispielweise neben dem Mandat ausgeübte Berufe, Mandate in Kommunalparlamenten, vergütete und ehrenamtliche Vorstands- und Aufsichtsratsmandate, Funktionen in Verbänden auf Landes- und Bundesebene sowie die Beteiligung an Gesellschaften. Selbst Nebentätigkeiten, mit denen keine Einnahmen verbunden sind, werden aufgeführt.

Hier finden Sie Informationen zu Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

[http://www.die-linke-thl.de/themen/themen\\_a\\_z/i\\_o/nebeneinkunfte/](http://www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/i_o/nebeneinkunfte/)

Für die Abgeordneten sind die entsprechenden Angaben jeweils auf einem übersichtlichen Formular dargestellt.

Stefan Wogawa ■

## Antifaschismus wieder im Visier

Der Springer-Autor Henryk M. Broder, der nach eigenen Angaben „seine journalistische Karriere bei den St. Pauli Nachrichten begonnen hat und von einer Kammer des Berliner Landgerichts als „Pornograf“ anerkannt wurde“, hat erneut das antifaschistische Engagement von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, angegriffen. Auf der Homepage der Zeitung „Die Welt“ schrieb Broder am 24.2., „der „Kampf gegen Rechts“, den Ramelow und seine Freunde predigen, ist der Asbach Uralt im Repertoire der Linken, den schon die SED zum Programm erklärt und mit dem Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ vollendet hat.“

Broder hatte 2010 vergeblich für das Amt des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland kandidiert, denn der sei in einem „erbärmlichen Zustand“, und angekündigt, sich als Präsident dafür einzusetzen, die Leugnung des Holocaust als Straftatbestand aufzuheben.

Bereits während einer Kampagne im Jahr 2012 war in einer Analyse geäußert worden, Broder attackiere Ramelow wegen dessen Engagement gegen Neonazis und für das Erinnern an die im Holocaust ermordeten europäischen Juden. (sw) ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Allerlei Statistik

Die Regierung, das unbekannte Wesen? Das gilt zumindest in Brandenburg. Denn das war jüngst den Medien zu entnehmen: Nur 41 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger wissen überhaupt, dass ihr Bundesland von einer Koalition aus SPD und DIE LINKE regiert wird. Dabei ist diese Regierung schon seit November 2009 im Amt. Jeweils acht Prozent glauben, dass in Brandenburg gerade eine Koalition von SPD und CDU bzw. eine von SPD und Grünen am Ruder sei...

Über die Gründe darf ruhig spekuliert werden. Denn: „Politiker sind eifrige Interpreten von Umfrageergebnissen“ (einem Buch entnommen, das ich einst im Studium angeschafft habe: „Grundzüge der Markt- und Meinungsforschung“).

Wichtig ist: Mit der Regierung in Brandenburg sind 57 Prozent der Menschen zufrieden. Noch besser wäre es, wenn diese Menschen auch wüssten, dass es die Politik von SPD und DIE LINKE ist, mit der sie zufrieden sind! Sogar 14 Prozent der Anhänger der CDU sind in Brandenburg mit der Politik der LINKEN zufrieden. Fast unheimlich: Sieben Prozent der Brandenburger wünschen sich eine Koalition von CDU und Linkspartei, Tendenz steigend. Sollte man besser sagen: Der Wähler (und die Wählerin), das unbekannte Wesen!?! Oder sich darauf verlassen: „Statistische Aussagen sind bestenfalls so verlässlich wie die Daten, auf die sie sich beziehen!“ (aus meinem alten Lehrbuch „Angewandte Statistik“).

Zufrieden mit der Thüringer Landesregierung waren im vergangenen Jahr nur 39 Prozent. Das wird sich auch nicht ändern angesichts politischer Scharlatanerie: die Landesregierung enthält sich im Bundesrat beim Mindestlohn - und Vizechef Christoph Matschie (SPD) freut sich anschließend, dass der Beschluss trotzdem gefasst wurde. Was hilft gegen politische Schizophrenie? ■

## Besuch in der Grundschule Wintersdorf

Kürzlich besuchte die Landtagsabgeordnete der LINKEN Dr. Birgit Klauert die 4. Klassenstufe der Grundschule Wintersdorf.

Die Schülerinnen und Schüler wollen am 18. März nach Erfurt in den Landtag fahren. Dort erfahren sie, was ein Parlament ist, wie Gesetze ge-

waren spontan alle von dem Vorschlag begeistert, diese auf ein halbes Jahr zu verlängern. Birgit Klauert, Vizepräsidentin des Landtages, versprach daraufhin, nach ihrer Klassenfahrt noch einmal wiederzukommen und gemeinsam mit ihnen „Parlament“ zu spielen. Mal sehen, ob dann immer noch alle, nach Für- und Gegenrede, für ein halbes Jahr Ferien stimmen.

Im Anschluss an die Scheckübergabe war noch etwas Zeit, um ein intensiveres Gespräch mit der Schulleiterin und einigen Lehrerinnen über Schul-

politik und Bildungssystem zu führen. Im Gespräch wurde kritisiert, dass immer öfter die Anforderungen, die von Politik und Gesellschaft an Schulen gestellt werden, im Missverhältnis zu ihrer materiellen und vor allem personellen Ausstattung stehen.

Es könne nicht sein, dass Schule als universelle Reparaturanstalt für alle gesellschaftlichen Probleme angesehen werde. Es wurde aber auch deutlich, dass die gern mit den Kindern arbeitenden Lehrerinnen und Erzieherinnen der Grundschule Wintersdorf sich engagiert und zum Teil sogar handwerklich für ihre Schule einsetzen.

Falko Neubert, Gabi Porzig ■



Eine Spende der Alternative 54 e.V. der Landtagsabgeordneten der LINKEN übergab Dieter Hausold an Frau Kubusch, Lehrerin an der IGS in Gerulusan, für eine Studienfahrt des Geschichtskurses in die KZ-Gedenkstätte Auschwitz. Seit Gründung des Vereins im Jahr 1995 wurden fast 850.000 Spenden-Euro ausgereicht. ■



macht werden und wie Demokratie funktioniert. Weiterhin soll die Landeshauptstadt mit ihren Höhepunkten (z.B. Dom, Severikirche oder Krämerbrücke) erkundet werden. Da die Fahrtkosten bisher nur für höhere Klassenstufen von der Landtagsverwaltung übernommen werden, hat sich Birgit Klauert entschlossen, für dieses Projekt den Schülern 150 Euro zu spenden.

Vor der Scheckübergabe lauschten die Kinder aufmerksam den Worten der Landtagsabgeordneten, die sehr anschaulich schon einmal einen kleinen Vorgeschmack auf den kommenden Wandertag der Klassenstufe lieferte. Auf die Bemerkung, dass im Thüringer Landtag auch die Länge der Ferien beschlossen werden kann,

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.